



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 01.12.2016, 17:10 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung

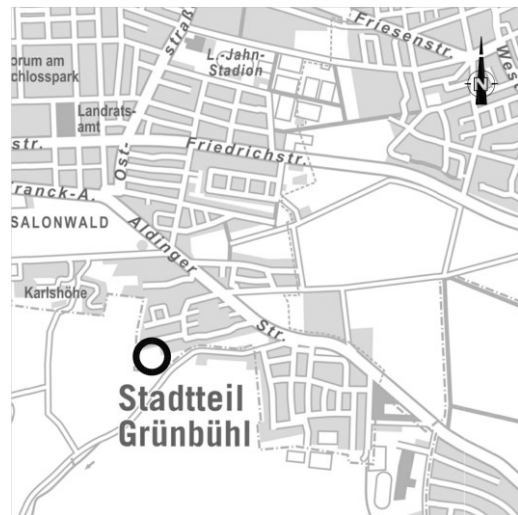
Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Niederschrift des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 01.12.2016.

TOP 2 Bebauungsplan "Sonnenberg Süd-West" Nr. 056/06 - Satzungsbeschluss (Vorberatung) Vorl.Nr. 171/16

Beschlussvorschlag:

- I. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der Bebauungsplan „Sonnenberg Süd-West“ Nr. 056/06 vom 11.11.2016 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften und der Begründung jeweils mit Datum vom 11.11.2016 gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird einstimmig mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht Anwesend: Stadtrat Lutz

Herr Burkhardt (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert den aktuellen Stand des Vorhabens.

Stadtrat Noz bittet um eine Erläuterung, ob die Bebauung auch auf den südlichen Teil ausgeweitet werden könne.

Stadträtin Burkhardt führt aus, dass ihrer Meinung nach in Ludwigsburg keine Wohnungsnot herrsche. Es herrsche hingegen eine Not an bezahlbarem Wohnraum. Im Bebauungsplan gebe es keine Angaben, wie die Verteilung der Sozial-Wohnungen aussehen werde. Sie sei dennoch bereit der Neubebauung zuzustimmen. Der Gemeinderat hätte beschlossen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Sie bittet um eine Auskunft darüber, wie die Beschlüsse des Gemeinderats hier umgesetzt werden. Sie habe bereits im Januar eine Anfrage hierzu an die Wohnungsbaugesellschaft gestellt, allerdings keine Antwort erhalten. Sie könne erst zustimmen, wenn sie auf diese Frage eine Antwort erhalten habe. Weiter möchte sie wissen, was mit dem Bäumen am Ostrand geschehen werde. Es handle sich hierbei um gesunde Bäume.

BM Ilk erläutert, dass es sich hier zunächst um einen Satzungsbeschluss handle. Die Umsetzung der gefassten Beschlüsse zum sozialen Wohnungsbau erfolgen mit dem Einstieg in die Planungen.

Herr Burkhardt informiert, dass die Bäume, die in den Plänen mit einem schwarzen Punkt gekennzeichnet seien im Bestand erhalten bleiben. Hierbei handle es sich um den Großteil der Bäume, die sich auch überwiegend auf den Grundstücken der Stadt befänden. Die Bäume ohne Punkt müssten neu gepflanzt werden.

Eine Süderweiterung sei derzeit noch nicht in Planung. Die Fläche im Süden sei kein Bauland. Für eine Bebauung benötige man hier zunächst einen Bebauungsplan.

Abschließend stellt BM Ilk die Vorl. Nr. 171/16 zur Abstimmung.

TOP 3	Zentrale Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg (ZIEL) - Grundsatzbeschluss Parkierung und Rahmenbedingungen zum Wettbewerbsverfahren (Vorberatung)	Vorl.Nr. 425/16
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Herr Kurt (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt anhand einer Präsentation das Vorhaben ZIEL vor.

Die Präsentation ist dem Protokoll beigefügt.

Stadtrat Noz dankt Herrn Kurt und teilt mit, dass der Entwurf nun seine Zustimmung finde. Die Fraktion könne sich vorstellen, zu Gunsten eines Schulradweges auf das Parken auf dem Arsenalplatz, in der Schillerstraße und der Mathildenstraße zu verzichten. Sie seien auch damit einverstanden, dass der Durchgangsverkehr künftig nicht mehr durch die Schillerstraße führe. Es sei ein großer Schritt für die Fraktion, dieser sei ihnen auch nicht leicht gefallen. Die neuen Parkierungspläne seien sehr gut und auch die Gestaltung der Grünfläche finde seine Zustimmung. Er geht davon aus, dass durch die Umsetzung dieser Pläne die Innenstadt attraktiver und die Einzelhändler gestärkt werden. Die Chance auf die Unterstützung der Sparkasse müsse man seiner Meinung nach ergreifen. In diesem Zusammenhang stelle sich für ihn die Frage, wie die Sparkasse ihr Haus zur Stadtseite attraktiver gestalten könne. Er weist darauf hin, dass man trotz dieser Pläne und Vorhaben das Parken auf der Bärenwiese nicht aus den Augen verlieren dürfe, auch hier müsse man über eine Lösung nachdenken. Weiter teilt er

mit, dass sich seine Fraktion gegen eine Autofreie Wilhelmstraße ausspreche und auch dagegen, dass der Bahnhof nicht mehr von Osten angefahren werden könne. Nachdenken hingegen sollte man über eine Carsharing-Station und ein Fahrradparkhaus.

Stadträtin Dr. Knoß spricht sich ebenfalls für den grünen Arsenalplatz aus. Die schwierige Lage des Einzelhandels sei ihr bewusst. Ursächlich hierfür sei ihrer Meinung nach jedoch der Onlinehandel. Die Probleme in der Stadt seien der Lärm, die Umwelt und der Verkehr. Sie ist der Meinung, dass es in Ludwigsburg auch ohne die Parkmöglichkeit auf dem Arsenalplatz genügend Parkflächen gebe. Das Vorhaben müsse auch ohne eine zusätzliche Tiefgarage funktionieren. Man könne das Potential der bestehenden Parkhäuser wie zum Beispiel das Parkhaus der Wilhelmgalerie und des Kaufhauses Oberpaur besser nutzen. Eine Tiefgarage unter dem Arsenalplatz halte sie für keine gute Lösung. Denn dann könne die Wilhelmstraße nie autofrei werden. Außerdem steige dann der Parksuchverkehr in der Innenstadt weiter an. Ihrer Meinung nach habe der Gemeinderat in der Vergangenheit schon zu oft Entscheidungen getroffen, die Wege verbaut hätten. Ihre Fraktion stehe dem Bau einer Tiefgarage derzeit mehrheitlich entgegen.

Stadtrat Juranek befürwortet die Pläne und spricht seine Zustimmung aus. Die Schließung der Arsenalstraße sei schon lange besprochen und könne so weiterverfolgt werden. Der Bau einer Tiefgarage hingegen löse keine Verkehrsprobleme, diese diene lediglich als Ersatz für die Parkplätze auf dem Arsenalplatz. In der direkten Umgebung gebe es drei Parkhäuser mit freien Kapazitäten. Auch die Sparkasse habe Stellplätze. Dieses Potential solle aktiviert werden. Punkt zwei der Beschlussvorlage könne er so nicht zustimmen. Er bittet stattdessen darum, einen Tiefgaragenbau auf der Bärenwiese zu überprüfen. Weitere Parkmöglichkeiten an dieser Stelle seien auch für das Forum von Vorteil.

Stadtrat Remmel entgegnet, dass der Arsenalplatz der beliebteste Parkplatz in Ludwigsburg sei. Diesen Platz einfach verschwinden zu lassen sei nicht möglich und nur mit einer Verschlechterung für die Einzelhändler zu realisieren. Er schlägt vor den Arsenalplatz teilweise zu begrünen und teilweise als Parkplatz zu nutzen. Auch er spricht sich dafür aus, die Bärenwiese als möglichen Standort für ein Parkhaus zu untersuchen. Hier könne man 400 zusätzliche Parkplätze schaffen. Möglicherweise sei auch eine Überdeckung der B27 möglich, dies biete mehrere Vorteile.

Stadträtin Burkhardt ist der Ansicht, dass die Stadt mit einer Umsetzung der Pläne einen großen Schritt hin zu einer fußgängerfreundlichen Stadt mache. Das Thema sei nun lange und hinreichend diskutiert. Eine Begrünung käme auch dem Einzelhandel zu Gute. Alle Untersuchungen hätten ergeben, dass das Einkaufen und ein Besuch des Schlosses für die Besucher der Stadt Ludwigsburg sehr wichtig seien. Auch sie ist der Meinung, dass in der Nähe genügend Parkplätze zur Verfügung stehen. Die Bärenwiese allerdings halte sie als zu weit entfernt von der Innenstadt um als Alternativparkplatz zu dienen.

Stadtrat Lettrari schließt sich Stadtrat Noz und Stadträtin Burkhardt an. Das Land habe damals abgelehnt auf der Bärenwiese in die Tiefe zu bauen. Aus diesem Grunde gehe er davon aus, dass dann auch nicht in die Höhe gebaut werden könne. Zudem kann er sich nicht vorstellen, dass die Bärenwiese als Parkplatz für die Besucher der Innenstadt attraktiv seien. Er bittet darum, die Bürger in diese Angelegenheit mit einzubeziehen. Die Bedürfnisse der Bürger seien sehr wichtig und sollen beachtet werden.

BM Ilk teilt mit, dass eine Überprüfung der Bärenwiese erfolgen werde.

Prof. Dr. Ing. Hupfer (Hupfer Ingenieure GmbH) informiert, dass mit den vorliegenden Plänen versucht wurde alle Möglichkeiten der Zu- und Ausfahrten aus der Tiefgarage aufzuzeigen. Eine Rampe auf dem Schillerplatz sei nicht geplant, da diese den Platz wieder trennen würde. Dies sei nicht gewollt. Im Bereich der Wilhelmstraße müsse man sich entscheiden, ob hier weiter Autos fahren sollten oder nicht und an welcher Stelle die Ausfahrt liegen könne. Die Herausnahme des

Durchgangsverkehrs verbessere die Verkehrssituation in der Kreuzung der Solitudestraße erheblich. Durch die neue Verkehrsplanung sei dann auch eine vernünftige Radwegführung möglich.

Eine weitere Frage sei, ob und wie eine Lösung für den Verkehr aus der Mathildenstraße nach links in die Schlossstraße aussehen könne. Hierfür würde ein zusätzlicher Fahrstreifen benötigt werden. Zudem bestehe die Gefahr, dass sich der Verkehr durch die Zufahrtsituation der Rathausgarage in diesem Bereich stauet. Derzeit gebe es nur eine Möglichkeit aus der Mathildenstraße zu fahren und dann nach rechts abzubiegen. Dies funktioniere relativ problemlos. Allerdings müssten dann alle Spuren nach ganz links gewechselt werden um zu wenden. Bei der Verkehrsqualität und der Leistungsfähigkeit spiele auch dieser Bereich eine Rolle und auch hier müsse ein Abwägungsprozess stattfinden.

Die Verkehrsverlagerung berge eine deutliche Entlastung für die Wilhelmstraße, die anderen Straßen könnten die minimale Zunahme an Verkehr gut verkraften.

Stadträtin Dr. Knoß fragt, ob man auf der Solitudestraße auch eine Lösung für die Radfahrer in beide Fahrrichtungen anbieten könne.

Prof. Dr. Ing. Hupfer teilt mit, dass die Fläche natürlich nicht vermehrt werden könne. Wenn aber der Gehweg auf ein vernünftiges Maß gebracht sei würden ca. vier Meter übrig bleiben. Das könnte gut für eine Radweglösung ausreichen.

Herr Kurt teilt auf Nachfrage mit, dass die Planungskosten incl. aller Leistungen zwischen 80.000 und 100.000 € liegen würden. Der Wettbewerb solle aber in jedem Falle mit Tiefgarage laufen. Die Garage könne man in der Umsetzung jederzeit weglassen, aber nachträglich in die Planung mit aufnehmen sei nicht möglich.

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

TOP 4

Kunstzentrum Karlskaserne Weiterentwicklung,
Hindenburgstraße 29/1
Grundsatzbeschluss
- Einrichtung eines neuen Bewegungsraumes im
Mannschaftsgebäude
- Einbau Künstlergarderobe und Hinterbühne der
Reithalle

Vorl.Nr. 319/16

Beschlussvorschlag:

1. Beschluss durch den Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung:

- 1.1 Der Einrichtung eines neuen Bewegungsraumes im Mannschaftsgebäude wird zugestimmt
- 1.2 Dem Einbau von Künstlergarderoben und einer Hinterbühne in der Reithalle wird zugestimmt.

2. Beschluss durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt:

Die Verwaltung wird beauftragt auf Grundlage der beiliegenden Planungskonzeption die Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für den Einbau eines neuen Bewegungsraumes im Mannschaftsgebäude sowie von Künstlergarderoben mit Hinterbühne in der Reithalle zu erarbeiten und dem zuständigen Gremium zur Vergabe vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung gefasst.

Beratungsverlauf:

Herr Weißer (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) stellt anhand einer Präsentation die Pläne zur Baumaßnahme vor.

Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Stadtrat Braumann teilt mit, dass seine Fraktion lediglich den Brandschutzmaßnahmen zustimmen werde. Diese Maßnahmen seien wichtig und erforderlich. Allen anderen Maßnahmen werde er nicht zustimmen. Den Wunsch nach einer Künstlergarderobe könne er nachvollziehen, es handle sich hierbei aber um keine kleine Maßnahme. In den Schulen sei man mit den Baumaßnahmen hingegen nicht auf dem Laufenden. Hier würden die Rückbauten von Klassenräumen über mehrere Jahre hinweg eine Baustelle bleiben. Dies sei skandalös. Er erinnert an die Physikräume im Mörike Gymnasium. Seiner Meinung nach sei der Ausbau der Klassenräume in den Schulen deutlich wichtiger.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit wird der Vorlage gerne zustimmen. Die Karlskaserne sei ein wichtiges Zentrum und präge auch das Stadtbild.

Stadtrat Juranek stimmt seiner Vorrednerin zu. Seiner Meinung nach müsse in der Karlskaserne dringend etwas passieren. Die Einrichtung habe einen sehr positiven Zuspruch.

Stadtrat Rothacker erwidert, dass es sich hierbei nicht um eine Verschönerungsmaßnahme handle sondern um die Erstellung von Garderoben. Bisher gebe es keine Garderobenräume in der Karlskaserne. Man müsse hier dringend an das Niveau des Scala herankommen.

Stadträtin Burkhardt teilt mit, dass sie der Vorlage zustimmen werde. Es handle sich hierbei ja zunächst um eine Entwurfsplanung. Alles Weitere könne man später noch entscheiden.

Stadtrat Braumann stellt den Antrag über den Beschlussvorschlag getrennt abstimmen zu lassen. Zudem solle der Beschlussvorschlag folgendermaßen abgeändert werden:

Die Verwaltung wird beauftragt auf Grundlage der beiliegenden Planungskonzeption die Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für ~~den Einbau eines neuen Bewegungsraumes im Mannschaftsgebäude sowie von Künstlergarderoben mit Hinterbühne in der Reithalle zu erarbeiten~~ und die Brandschutzkonzeption dem zuständigen Gremium zur Vergabe vorzulegen.

Der Antrag von Stadtrat Braumann einen geänderten Beschluss zur Abstimmung zu stellen wird vom Gremium mit 5 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen abgelehnt.

Stadtrat Link wundert sich, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung bereits zuvor einen Beschluss zu Ziffer 1 gefasst habe. Dies könne er nicht nachvollziehen.

Stadträtin Liepins informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung einen geänderten Beschluss gefasst habe. Dieser laute: Die Verwaltung wird beauftragt eine Kostenschätzung zu erarbeiten. Es habe in der Sitzung eine heftige Diskussion zu diesem Thema gegeben.

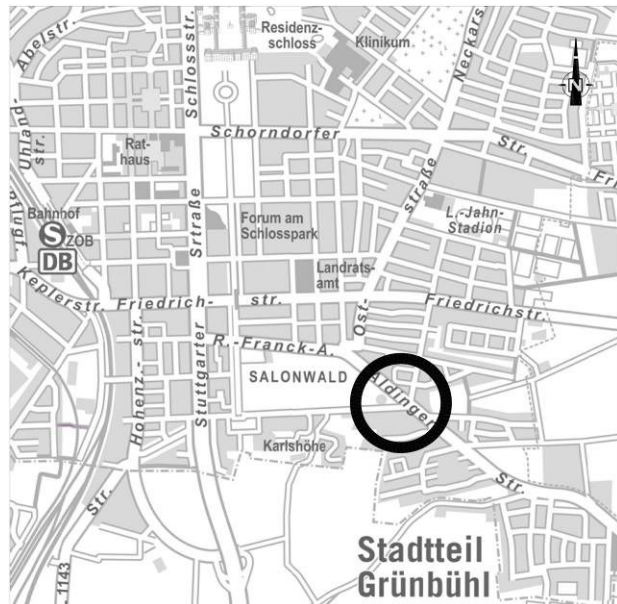
Abschließend stellt BM Ilk die Vorl. Nr. 319/16 zur Abstimmung.

047/04

- Entwurfsbeschluss und förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange (Vorberatung)

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Bebauungsplanentwurf „Aldinger-Danziger-Kreuzung“ Nr.047/04 vom 10.11.2016 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften und der Begründung jeweils mit Datum vom 10.11.2016 beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf und die örtlichen Bauvorschriften gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Herr Kurt (FB Stadtplanung und Vermessung) und Frau Schmidtgen (FB Tiefbau und Grünflächen) stellen anhand einer Präsentation die Pläne vor.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Stadtrat Lutz hält einen Kreisverkehr an dieser Stelle für eine optimale Lösung. Der Kreisverkehr in Grünbühl sei ein positives Beispiel, wie gut es funktionieren könne. Er sieht durch den Bau auch eine Verbesserung für die Radfahrer.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit ist der Ansicht, dass der Kreisverkehr schon lange überfällig sei. Die Planung sei nun sehr gut und beschlussreif.

Stadträtin Liepins erläutert, dass nicht nur ein flüssiger sondern auch ein verlangsamter Verkehr wichtig sei. Beides könne man mit dem Bau eines Kreisverkehrs erreichen. Für alle Verkehrsteilnehmer bringe der Bau nur Vorteile. Die Kosten hingegen seien sehr hoch und bereiten ihr einiges Kopfzerbrechen. Sie bittet um eine Auskunft darüber, wieviel Bäume neu gepflanzt werden müssten und an welcher Stelle der Ausgleich erfolge. Sie ist der Meinung, dass sich ein Ausgleich an der Robert-Frank-Straße eigne, da hier sehr viel Verkehr herrsche. Weiter bittet sie um eine Auskunft darüber, wie es mit dem Parken in der Königsallee weitergehen

werde. Sie habe sich auch schon bei der Hochschule erkundigt wer dort alles parke.

Stadtrat Rothacker freut sich, dass der Kreisverkehr nun endlich beschlossen werden könne. Die Baukosten seien bekannt gewesen, er habe keine Einwendungen.

Stadträtin Burkhardt erinnert daran, dass der Gemeinderat im Jahre 2015 beschlossen habe, dass an dieser Stelle ein Kreisverkehr und eine ampelgesteuerte Verkehrsführung gleichrangig geprüft werden sollte. Aus der Vorlage damals ging hervor, dass die Verkehrsqualität bei beiden Lösungen gleichrangig sei. Diese Meinung habe sich nun aus Sicht der Verwaltung geändert. Aus ihrer Sicht hingegen nicht. Eine optimierte ampelgesteuerte Verkehrsführung wäre viel preisgünstiger gewesen.

Des Weiteren teilt sie mit, dass jeder Baum wichtig sei. Sie könne daher nicht verstehen, aus welchem Grunde nur 9 Bäume von den insgesamt 21 zu fällenden Bäumen ersetzt werden sollen. Ein Ausgleich hinter Oßweil sei zudem nicht erforderlich, denn dort sei die Luftqualität ohnehin viel besser als an der Aldinger Straße.

Stadträtin Liepins bittet um eine Aussage, wie und ob die Stadtbahn über den Kreisverkehr fahren könne.

Auf Nachfrage von Stadtrat Lettrarie erläutert Herr Kurt, dass die Kostenbeteiligung des Kreises für Kreisverkehre nur für die gelte, die auf Kreisstraßen gebaut werden würden. Hier handle es sich aber nicht um eine Kreisstraße. Aus diesem Grund werden vom Kreis auch keine Kosten übernommen. Zur Verkehrssituation auf der Karlshöhe führt er aus, dass er die Problematik kenne. Die Stadt versuche schon seit einer längeren Zeit die Hochschule und die Karlshöhe an einen Tisch zu bekommen um über die Parkierung zu sprechen. Die Karlshöhe plane ein neues Seniorenheim zu bauen und die Hochschule habe Erweiterungsbedarf. Vor diesem Hintergrund sei eine Ausweitung der Parkplätze unausweichlich. Die Kosten hierfür möchte aber keiner tragen. Über das Thema Parkplatzsituation könne man sich dann aber auch im Zuge der Bauanträge noch einmal Gedanken machen.

Zum Verlauf der Stadtbahn führt er aus, dass diese sich ohne Probleme in den Kreisverkehr mittig integrieren lasse. Dies werde bei der Ausführung auch in jedem Falle mit berücksichtigt werden.

Frau Schmidtgen ergänzt, dass der Ausgleich der Bäume auf der Waldfläche erfolgen solle.

Abschließend stellt BM Ilk die Vorlage Nr. 419/16 zur Abstimmung.

TOP 6	Ausbau und Neuordnung Aldinger-Danziger-Kreuzung - Entwurfs- und Baubeschluss mit Ermächtigung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (Vorberatung)	Vorl.Nr. 420/16
-------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

1. Entwurfs- und Baubeschluss

Die Straßenplanung des Ingenieurbüros Rauschmaier Ingenieure vom 10.11.2016 ist Grundlage für die Ausschreibung der Bauleistungen.

2. Weitergehender Untersuchungsauftrag

Die Verwaltung wird im Sachzusammenhang mit dem Kreisverkehr „Aldinger-Danziger-Straße“ beauftragt, Planungsvorschläge für die Verkehrserschließung der Karlshöhe einschließlich der Grünen Bettlade und den Ausbau der Radroute 8 Aldinger Straße / Robert-

Franck-Allee auszuarbeiten.

3. Ermächtigung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt wird ermächtigt, die Vergabe der Arbeiten vorzunehmen. Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10% oder um 50.000 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Ohne Sachvortrag und Aussprache stellt BM Ilk die Vorlage Nr. 420/16 zur Abstimmung.

TOP 7

Straßenumbenennung Karl-Peters-Straße
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 353/16

- Bezug:**
- Antrag Nr. 270/14 Bündnis 90/Die Grünen
 - Vorl. Nr. 187/15 Straßenumbenennungen in Ludwigsburg
- Anlagen:**
1. Karte zur Straßenumbenennung, Oktober 2016

Beschlussvorschlag:

1. Die **Karl-Peters-Straße** wird umbenannt in:
 - a. Holzwiesen
 - b. Fleiner Straße

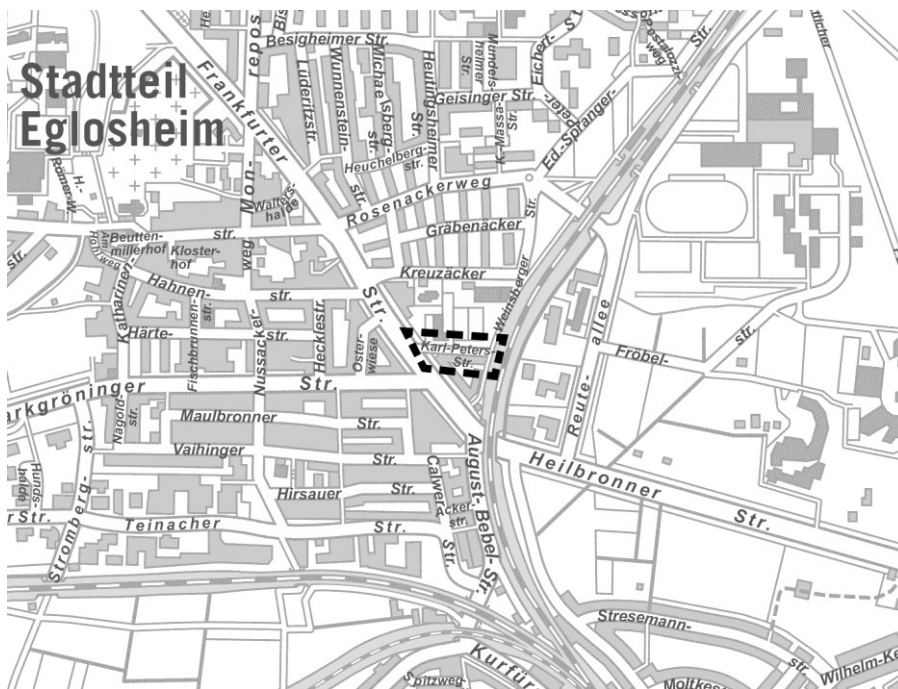
Sachverhalt/Begründung:

In der Sitzung am 29.07.2015 hat der Gemeinderat beschlossen den Namen Carl Peters (auch Karl Peters geschrieben) nicht mehr zur Benennung von Straßen zu verwenden (siehe Vorl. Nr. 187/15).

Bezug zum Stadtentwicklungskonzept:

Die Stadtteile und Innenstadtquartiere sind wichtiger Bestandteil des gesamtstädtischen Profils und bilden ein lebendiges Ganzes. Die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Stadtteilen und die Netzwerke vor Ort werden gestärkt. Die Stadtteile entwickeln, pflegen und erhalten ihre Identität.

Straßennamen, innerhalb eines Viertels oft thematisch einheitlich, sind identitätsstiftende Merkmale und prägen unter anderem den kulturhistorischen Charakter der Stadt.



Namenswahl:

Die Stadtverwaltung möchte sich mit dem zukünftigen Namen an die Benennung der Straßen in der Umgebung anpassen.

In Eglosheim bieten sich hier zwei Möglichkeiten an. Zum einen sind, schon ab den 1930er Jahren, viele Straßen nach historischen Gewannnamen benannt. Seit den 1950er Jahren wurden im östlichen Teil von Eglosheim einige Straßen nach Orten zwischen Ludwigsburg und Heilbronn benannt.

Als historischer Gewannname bietet sich für die Lage der bisherigen Karl-Peters-Straße der Name Holzwassen an.

Als Ortsname bietet sich, zum einen wegen der Nähe zur Heilbronner und zur Weinsberger Straße und zum anderen, wegen der Kürze der Straße, der Name Fleiner Straße an.

Die Stadtverwaltung empfiehlt den Namen Holzwassen.

Unterschrift:

Martin Kurt

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Vorschlag a. (Holzwiesen) wird mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Stadtrat Link möchte wissen, ob die Anwohner bei den erforderlichen Behördengängen Unterstützung erhalten würden.

BM Ilk teilt mit, dass geprüft werde, welche Kosten auf die Anwohner durch die Straßenumbenennung zukämen. Eine Information hierüber werde an die Stadträte weitergegeben.

Anschließend stellt BM Ilk die Vorlage Nr. 353/16 zur Abstimmung.

TOP 8 Slowlight (Lichtkonzept)
 - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits vor Eintritt in die Tagesordnung vom Vorsitzenden BM Ilk abgesetzt.